

Der Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt 1.50 Mark für das Vierteljahr ohne Bringergeld.

Insertate müssen bis Montag mittag in unserer Expedition aufgegeben sein. Der Anzeigenpreis beträgt 85 Pfg. für die 6 gespaltene Zeile. Der Betrag ist im Voraus zu entrichten.

Nr. 12

Sonntag, den 19. März

1916

Was den Tabakarbeitern bevorsteht.

Wenn es nach der Meinung geht, die anscheinend im amtlichen Auftrag die Nordd. Allg. Zeitung brachte und die demnach wohl als die Auffassung im Reichsschatzamt zu gelten hat, so haben die Tabakarbeiter unter der geplanten Erhöhung der Tabakabgaben wenig oder garnicht zu leiden. Schon in der vorigen Nummer des „Tabak-Arbeiter“ haben wir gegen die Aufstellung Stellung genommen und unsere Gründe gegen die Notiz der Nordd. Allg. Zeitung ins Feld geführt. Heute wollen wir den Faden weiter spinnen und einige Beweise dafür bringen, wie jede Steuererhöhung auf die Lage der Tabakarbeiter ungünstig einwirken muß. Zunächst müssen wir noch einmal auf die Vorversorgung zurückkommen, die nach der halbamtlichen Notiz bei der Steuererhöhung im Jahre 1909 im hohen Maße erfolgt und jetzt so gut wie ausgeschlossen sein soll. Wir dürfen da wohl die Meinung einer Körperschaft heranziehen, die über die Lage der Zigarettenindustrie jederzeit gut unterrichtet sein kann und es auch ist. Die *Mannheimer Handelskammer* schrieb nämlich in ihrem Jahresbericht für 1910, nachdem sie festgestellt, daß der Rückgang in der Herstellung in der Zigarettenindustrie 11,6 Prozent, in der Rauchtobakindustrie 6,4 Prozent und in der Kautabakindustrie 6,5 Prozent betragen hatte, folgendes: „Es wird häufig zur Erklärung dieses Rückganges die sog. Korrekturen vor Inkrafttreten des Gesetzes herangezogen. Wir haben schon in unserem vorjährigen Jahresbericht eingehend dargelegt und begründet, daß von einer solchen Vorversorgung in größerem Maßstabe nicht die Rede sein konnte.“ Die Erhöhung der Mannheimer Handelskammer entspricht auch unserer Erfahrung.

Alle Handelskammern und viele Gewerbeaufsichtsbeamten, in deren Bezirken viel Tabakindustrie ist, klagen über den Konsum, bzw. den Produktionsrückgang in der Tabakindustrie nach der Steuererhöhung vom Jahre 1909. Sollte das jetzt, nachdem wir mit einer so enormen Preissteigerung aller Bedarfsgegenstände und einer so enormen Preissteigerung der Tabakfabrikate zu rechnen haben, anders sein? Allerdings, etwas wird der Krieg, der ja schon durch die Lieferung von Tabakfabrikaten an die Soldaten unsere Industrie stark beeinflusst, verdecken. Man muß bedenken, daß der Konsumrückgang sich gerade bei den billigen Sorten zeigen muß und nach 1909 auch zeigte. Das wird demnach jetzt bei der allgemeinen Teuerung erst recht der Fall sein. Dagegen kann der „Kriegskonsum“ schließlich nicht mehr auskommen.

Am 17. Januar 1910 hielt der damalige Reichsschatzsekretär im Reichstage eine Rede, in welcher er mitteilte, daß an Gesuchen arbeitsloser Tabakarbeiter um Unterstützung vom 15. August bis Ende Dezember 1909 nicht weniger als 53 586 eingegangen seien, von denen 46 000 als berechtigt anerkannt worden seien. Wir meinen, wenn in so kurzer Zeit 46 000 oder gar 53 586 arbeitslos wurden, so kann man angesichts des damaligen Gesamtarbeiterstandes wohl von einer verheerenden Wirkung der Steuererhöhung reden. Freilich waren diese unterstützten Arbeiter und Arbeiterinnen nicht alle zu gleicher Zeit arbeitslos, der Reichsschatzsekretär schätzte die Zahl der Arbeiter, die durchschnittlich während der ganzen obengenannten Zeit außer Arbeit waren, auf durchschnittlich ein Fünftel der Unterstützungsbewerber. Immerhin eine erschreckend hohe Zahl. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Arbeitslosigkeit in der Tabakindustrie im Jahre 1910 noch tiefer und einen höheren Grad als in den Monaten August bis Dezember 1909 erreichte.

Die Regierung will uns nach der Nordd. Allg. Zit. den Glauben beibringen, als sei für die Arbeiterschaft diesmal nichts zu befürchten, obwohl die gegenwärtige Forderung weit über die Summe hinausgeht, die durch die Erhöhung von 1909 verlangt und eingebracht wurde. Wie immer, wird die Arbeiterschaft in der Zigarettenindustrie in erster Linie leiden. Im Jahre 1908 waren in der Zigarettenindustrie in 6013 Betrieben 146 428 Arbeiter beschäftigt (nach der Statistik der Tabak-Verfügungsgewerkschaft). Es hatte in den Jahren vorher eine normale Entwicklung stattgefunden. Im Jahre 1910 sind es nur noch 5761 Betriebe mit 135 837 Arbeitern. Demnach waren 252 Betriebe und 10 591 Arbeiter durch die Steuererhöhung aus der Zigarettenindustrie hinausgedrängt worden. In der Kautabakindustrie betrug die Arbeiterzahl im Jahre 1908 3963, dagegen im Jahre 1910 3910, also ein Rückgang von 53 Arbeitern. Die Rauchtobakindustrie zählte 1908 3725, 1910 3627 Arbeiter, also selbst hier ein Rückgang der Arbeiterzahl, obgleich man bei der Steuererhöhung die Preise des „Neinen Mannes“ ganz besonders herauszuheben sich bemühte, freilich, zu dem Zweck, den deutschen Tabakbauern gefällig zu sein. Die Zigarettenindustrie hatte zwar eine Arbeiterzunahme trotz Erhöhung der Wankrollesteuer, wie sich die Verhältnisse dort aber

entwickelten. In an anderer Stelle dieses Blattes dargelegt. Noch im Jahre 1913 hatte die Zigarettenindustrie ihre Arbeiterzahl von 1908 nicht wieder, nämlich erst 144430; auch die Kautabakindustrie hatte im Jahre 1913 erst 3939 Arbeiter wieder. Wir meinen, daß sich Wirkungen von großer Tragweite auf die Lebenshaltung der deutschen Tabakarbeiter, die auch jetzt leider wiederkehren werden trotz des Krieges und erst recht nach Beendigung des Krieges sich geltend machen werden.

Zur Tabaksteuerfrage.

Nachdem bekannt ist, was die Regierung aus dem Tabak mehr herausziehen will, wird es lebendig in der Industrie und es scheint, als ob der Deutsche Tabakverein mehr geboten hat, als selbst die Unternehmer allgemein der Regierung zu geben geneigt waren. Einhundertundsechzig Millionen neuer Steuern, neben 200 Millionen bereits bestehender ist wahrhaftig keine Kleinigkeit und manchem Industriellen, der bereit war, angesichts der Verhältnisse noch eine weitere Belastung des Tabakgewerbes in den Kauf zu nehmen mag jetzt ein Grausen überkommen. Neben den Arbeitern ist, nachdem sie immer die meisten Haare lassen mußten, erst recht kein Verständnis für solche Pläne zu erwarten; sie haben denn auch bekanntlich ihre Stellungnahme in einer Kundgebung niedergelegt. Und es ist bezeichnend, daß sich die Wege der Fabrikanten und Arbeiter in den Steuerfragen immer mehr zu trennen scheinen. Früher lehnten Fabrikanten und Arbeiter jegliche Steuererhöhung ab, aber schon 1909 gab es eine Gruppe von Fabrikanten, die der Regierung erhebliche Steuererhöhungen gewähren wollte und die auch positive Vorschläge in bezug auf die Steuerart machte, während die Arbeiter rüdemweg ablehnten. Jetzt wollen die Unternehmer noch mehr geben, und zwar die vom Deutschen Tabakverein allein haben den Vorschlag auf über 70 Millionen gemacht, und der Rest zu den 160 Millionen soll aus der Zigarettenindustrie herausgeholt werden. Hierzu hatten die Zigarettenindustriellen ebenfalls ihre Bereitwilligkeit ausgesprochen. Allerdings hat diese Bereitwilligkeit ein Loch bekommen, denn durch die Presse geht die Notiz, daß in einer Versammlung von Verbänden und Unternehmern der Zigarettenindustrie sowie der Händlervereine beschlossen wurde:

1. Die Händler erklären sich gegen jede neuerliche Mehrbelastung des Tabakgewerbes in seiner Gesamtheit oder einer seiner Zweige während des Krieges. 2. Die Zigarettenfabrikanten erklären ihrerseits eine so rechtliche Belastung der Zigarette für die Dauer des Krieges für gänzlich unannehmbar und widersprechen der in der Begründung der neuen Steuerentwürfe vorgetragenen Auffassung, als ob sie derselben, wie sie vorliegt zugestimmt hätten.

Danach zu schließen, hat die Zigarettenindustrie jetzt kein Interesse mehr an der Regierungsvorlage. Der Grund scheint uns darin zu liegen, daß die Regierung über das von der Zigarettenindustrie vorgeschlagene nach Höhe und Art der Steuer hinausgegangen ist. Folgende, vom Berl. Tagebl. in der Morgenausgabe vom 10. März veröffentlichte Zuschrift spricht es deutlich aus:

Zur geplanten Besteuerung der Zigaretten hatte der Vorstand des Verbandes der deutschen Zigarettenindustrie im Januar eine Einladung des Reichsschatzsekretärs zu einer Sitzung folgend, den Standpunkt eingenommen, daß die Zigaretten unter gewissen Voraussetzungen mit Rücksicht auf die Not des Vaterlandes eine höhere Belastung übernehmen müssen. Der Verband hatte der Form eines Kriegszuschlages zur bestehenden Wankrollesteuer gegenüber anderen Formen der Vorzüge gegeben. Dabei wurde aber als Voraussetzung gefordert, und von den Vertretern des Reichsschatzsekretärs auch zugesagt, daß die Einführung des Kriegszuschlages auf den Verbraucher gesetzlich sichergestellt wird, daß keine Erhöhung des Rohabakts erfolge und daß die Belastung besonders für die billigen Zigaretten nicht höher als 20 Prozent der Kleinverkaufspreise, berechnet von der unteren Steuergrenze, betragen soll. In der jetzt veröffentlichten Vorlage des Bundesrats ist nun keines dieser Wünsche berücksichtigt worden, obgleich das Reichsschatzamt die Erfüllung der Wünsche zugesagt hatte und bei der erwähnten Beratung auch ausdrücklich zugesichert hatte, daß selbstverständlich die Absicht dahin gehe, daß der Verbraucher die höhere Steuer trage, damit sie auf möglichst viele Schultern verteilt werde.

Zu der durch die Bundesratsvorlage veränderten Sachlage hat der Vorstand des Verbandes der deutschen Zigarettenindustrie erneut Stellung genommen und ist zu einer einhelligen und völligen Ablehnung des vorliegenden Entwurfs gelangt. Die im Entwurf vorgesehene Belastung durch den Kriegszuschlag außer der Wankrollesteuer ist so hoch, daß sie zwischen 150 bis an nähernd 200 Prozent der heutigen Steuerbelastung beträgt. Es würde einen Finanzbedarf erfordern, der von mancher großen Fabrik schwierig, von den meisten mittleren und kleinen Fabriken gar nicht aufzubringen wäre. Der Verband fordert, falls der Reichstag dennoch auf eine Belastung der Zigaretten nicht verzichten sollte, daß auch für die Zigarettenindustrie, ebenso wie es der Rauchtobak-, Kautabak- und Schnupftabakindustrie zugesagt worden ist, eine adäquate Form der Belastung gewählt wird, damit sie nicht nach dem Kriege, wie es scheinbar beabsichtigt ist, nochmals beunruhigt wird.

Die oben erwähnte Versammlung erklärte dann noch: Es liegt sowohl seitens des Bundes als auch seitens der Zigarettenindustrie die ausgesprochene Bereitwilligkeit vor, bei Eintritt normaler Verhältnisse, d. h. nach Friedensschluß, bei der Aufbringung der Gelderfordernisse für das Reich durch eine endgültige Besteuerung, erhebliche Opfer zu bringen. Handel und Industrie bieten für diese Zeit ausdrücklich ihre Mitarbeit an in der Erwartung, daß dann auf Grund reichlicher Ueberlegung und sorgfältiger Beratung eine endgültige Form gefunden wird, die Handel und Industrie annehmen kann und die alle Gefahren sowohl für diese als auch für die Arbeiterschaft vermeidet.

Das mit der Arbeiterschaft schenken wir den Leuten, sie haben sich nie um die Interessen der Arbeiterschaft gekümmert.

In der Zigarettenindustrie ist man mit den Vorschlägen des Deutschen Tabakvereins, die ja die Regierung zu den ihrigen gemacht hat, nicht überall einverstanden. Bekannt ist, daß der Mitteldeutsche Zigarettenfabrikanten-Verband eine Protestbewegung ins Leben gerufen hat und hat die von diesem Verein ausgehende Eingabe an die Regierung vielfachige Unterstützung gefunden. Auch ein Teil der westfälischen Fabrikanten hat gegen den Vorschlag des Tabakvereins in einer Versammlung in Bünde Stellung genommen. So sieht sich denn auch der Deutsche Tabakverein genötigt, durch eine Denkschrift seinen Standpunkt zu erklären, die die Südd. Tabakzeitung in ihrer Nummer vom 12. März veröffentlicht. Außerdem liegen noch eine Reihe Proteste von Händlerorganisationen vor. Natürlich hat auch die Tabakarbeiterchaft bereits Gelegenheit genommen, örtlich Stellung zu nehmen und hat man sich überall im Sinne der Frankfurter Kundgebung ausgesprochen. Weitere Kundgebungen werden folgen. In der nächsten Lage dürfte die Vorlage im Plenum des Reichstages zur Verhandlung kommen, um dann einer Kommission zur weiteren Beratung überwiesen zu werden. Wir rufen den Vertretern im Reichstage zu: Denkt an die ohnehin gebrachten deutschen Tabakarbeiter!

Die Berliner Zigarettenindustrie während des Krieges.

Wie überall das ungeheure Geschehnis des Weltkrieges bei seinem Ausbruch gleich einem kalten Sturzbad auf Industrie und Handel wirkte, so auch in der Berliner Zigarettenindustrie. Die Unfähigkeit und Ratlosigkeit in bezug auf die kommenden Verhältnisse zunahm und fast alle Fabrikanten, wenn nicht zum Stillstand, so doch zu vorläufigem Stillstand nötigt, so geschah es auch in der Berliner Zigarettenindustrie. Gleich nach Ausbruch des Krieges wurde, wie auch anderswo, in den Berliner Zigarettenfabriken die Arbeit eingestellt. Zeitweise durch Penurie, andererseits durch Entlassung von Arbeitern, namentlich Handarbeitern, wurde die Produktion auf ein Minimum herabgedrückt. Von den Entlassungen wurden vor allem die sog. feindlichen Ausländer betroffen; Kollegen und Kolleginnen, die mit uns seit langen Jahren zusammen am Arbeitstisch gesessen, die eben so wenig wie wir am Ausbruch des Krieges Schuld waren, lagen auf Straßenpflaster. Und doch hatten diese Leute keinen anderen Wunsch, als ungehört ihr Brot weiter zu verdienen. Verbündet sie doch nichts mehr mit den Säubern, besaßen Staatsangehörige sie nicht. Nach uns nach wurden diese Kollegen in fast allen Fabriken wieder eingestellt, nachdem die Unternehmer sich überzeugt hatten, daß seitens der Militärbehörden gegen die Wiederbeschäftigung kein Einbruch erhoben wurde. Nur die Firma *Garbaty* machte eine Ausnahme. Die Leute, die aus der Fabrik heraus verbannt und kurze Zeit interniert worden waren, wurden nach ihrer Internierung nicht wieder eingestellt. Einem gewissen Reizes entbehrt es nicht, wenn man sich vor Augen führt, daß der Begründer der Firma, Herr *Rosenthal*, selbst ein geborener Russe ist. Mit der Entlassung der Arbeiter in der Industrie nach den ersten entscheidenden Siegen der Deutschen Truppen wurden auch die Arbeitsverhältnisse wieder bessere. Einen Erfolg für den im Augenblick verlorengegangenen Auslandsmarkt fand die Industrie im Inlande infolge des Verfalls von Preisabgaben; und durch die damit einhergehenden Bestellungen der Militärbehörden entstand eine Hochkonjunktur, wie sie wohl noch nie zu verzeichnen war. Sittensmäßig wird diese Mehrproduktion erst bekannt werden, wenn im kommenden Jahre das statistische Material vorliegen wird. Für heute kann man nur sagen, daß wir den zu jener Zeit vorhandenen Arbeitskräften, sowohl manuellen als maschinellen, die verlangten Zigaretten in der regelmäßigen Arbeitszeit nicht hergestellt werden konnten und vielfach Ueberarbeit geleistet werden mußte. Im Laufe der Monate wurden dann durch Neuanschaffung von Maschinen die Zigaretten auf eine enorme Leistungsfähigkeit gebracht. Im Laufe der vergangenen einundhalb Jahre haben wir hier eine Vermehrung der „eisernen Kollegen“ der Zigarettenmaschine, erlebt die niemand in so kurzer Zeit für möglich gehalten hätte. Doch lassen wir die Zahlen reden:

Vor Einführung der Wankrollesteuer waren in Berlin in zwei Fabriken einige Maschinen mit einer Gesamtleistung von circa 500 Tausend täglich in Betrieb. Nach Einführung dieser Steuer ging die Maschine an sich in Berlin einzubürgern, und wir zählten bei der Erhöhung der Steuer im Jahre 1909 32 Zigarettenmaschinen in 13 Fabriken. Durch die härtere Belastung der Industrie infolge der erhöhten Wankrollesteuer erhielt diese Entwicklung einen kräftigen Auftrieb, so daß im Mai 1910 in 18 Fabriken 52 Zigarettenmaschinen in Betrieb waren. Die Folge war eine bis dahin nie gekannte Arbeitslosigkeit unter den Handarbeitern. Der starke Aufschwung bei der Zigarettenindustrie in der Folge nahm, kam der Maschinenarbeit ausschließlich zugute. Nach einer im Jahre 1912 aufgenommenen Statistik sind zu dieser Zeit 72 Maschinen mit einer Leistungsfähigkeit von 615 Tausend täglich in Betrieb, und kurz vor Ausbruch des Weltkrieges, im Mai 1911, finden sich in 25 Fabriken 103 Zigarettenmaschinen mit einer auf 938 Tausend geschätzten täglichen Leistungsfähigkeit. Seitdem hat sich die Zahl der in den Betrieben aufgestellten Maschinen nahezu verdoppelt. Nach einer ge-

nemen ungenügende Verweise... 185 Hülfsmaschinen... 185 Hülfsmaschinen... 185 Hülfsmaschinen...

Infolge der guten Konjunktur... die Lohnverhältnisse... die Lohnverhältnisse... die Lohnverhältnisse...

Habe ich in Vorstehendem versucht... die Entwicklung der Berliner Zigarettenindustrie... die Entwicklung der Berliner Zigarettenindustrie...

Protestversammlung.

In Berlin tagte am 7. März eine stark besuchte Versammlung der Tabakarbeiter... die Versammlung der Tabakarbeiter...

Die Versammlung protestiert mit aller Entschiedenheit gegen die von der Reichsregierung geplante neue Besteuerung der Tabakindustrie... die Versammlung protestiert...

Cabalschwindler.

Kennst du denn in jeder Zeit von Cabalschwindlern... die Cabalschwindler... die Cabalschwindler...

Da um diese Zeit der Kappelpreis nicht ganz so hoch steht... die Kappelpreise... die Kappelpreise...

Bewilligte Lohn- und Teuerungszulagen in der Tabakindustrie.

- Hamburg. Die Firma Hubert Hoff erhöhte den Lohn auf eine Penallsorte um 5 A pro Mille... Die Firma W. Burmeister (Aubert) erhöhte den Lohn für 5 Sorten um 2-5 A pro Mille...

Die Moral niedriger Löhne.

Ein Blatt, das konsequent den kapitalistischen Interessen dient und sich durch den „Angrieber“ nicht einen Augenblick davon abbringen läßt... die Moral niedriger Löhne...

ürnste Stresemann dem Blatte im Nachhinein... die Stresemann... die Stresemann...

Wie eine Antwort auf diese Abschüttelung... die Antwort... die Antwort...

Es wird nun aber in besonderer zu erwägen sein... die Erwägen... die Erwägen...

Wie man sieht, kümmert sich das Blatt nicht im mindesten um den Zorn Stresemanns... die Zorn Stresemanns... die Zorn Stresemanns...

Dagegen wollen wir jedoch die Methoden des Blattes noch etwas näher betrachten... die Methoden des Blattes... die Methoden des Blattes...

Diese ganze Argumentierung ist jedoch keineswegs neu, wir haben sie schon in unseren jungen Jahren bekämpft... die Argumentierung... die Argumentierung...

Teile und herrsche! — ist ein auch von dem Unternehmertum befolgter Grundsatz... die Teile und herrsche!... die Teile und herrsche!...

Nicht nur die technische Entwicklung straste mit den Zeit diese Unterscheidung zwischen männlicher und weiblicher Arbeit... die Unterscheidung... die Unterscheidung...

Und wie es mit den Frauenlöhnen getrieben wird... die Frauenlöhnen... die Frauenlöhnen...

Handwerker, daß es vor allem aber auch nicht ungerecht ist, wenn ein Arbeiter einen geringeren Lohn fordert, als bei andere, daß also das Streben des Lohnes eine sowohl wirtschaftlich als gesellschaftlich einwandfreie, wenn auch gesellschaftlich nicht wünschenswerte Erscheinung ist."

Einwandfrei ist diese Erscheinung nur insofern, als ein bürgerliches Gesetz diese ungerechte und moralisch verwerfliche Ausbeutung hindert, der gar bestraft. Aber nicht einwandfrei ist diese "Erscheinung", richtiger Ausbeutung, weil schon die Lebensart von der durchschnittlichen Gleichheit der Bedürfnisse weder auf die Bedürfnisse der Frauen noch der Jugendlichen anwendbar ist. Freilich erhält der Familienvater nicht Lohn genug, um seine Familie menschenwürdig erhalten zu können, nicht einmal zur genügenden Ernährung reicht er in den meisten Fällen aus. Noch weniger einwandfrei ist diese Methode, wenn der Unternehmer aus der Arbeit der Frauen und Jugendlichen höheren Gewinn schlägt, indem er sie zu gleichen Preisen verkauft wie die Produkte, die Erwachsene herstellen. Ganz abgesehen von dem volkswirtschaftlichen Schaden niedriger Löhne.

Doch das ist eben die Folge kapitalistischer Moral. Nur ein unzurechnungsfähiger Arbeiter könnte durch sie bewegt werden, geringeren Lohn zu fordern, als andere. Und mit wirklicher Moral steht diese kapitalistische auf äußerst gespanntem Fuße.

Hoffentlich kommt bald die Zeit, wo die kapitalistische Moral richtig eingeschätzt und für alle Zeiten verpönt wird.

Arbeitsvermittlung.

Mit der Arbeitsbeschaffung nach dem Kriege befaßt sich wohl viele Organisationen und Behörden, aber wirklich ernsthaft wird die Sache außer von den Gewerkschaften nicht angefaßt. Man entsinnt sich, daß selbst der Reichskanzler auf die Anregungen aus gewerkschaftlichen Kreisen wohl seine Sympathie für diese Angelegenheit zu erweisen gab, aber die praktische Ausführung der Arbeitsvermittlung auch auf die Zeit verschoben wissen will, bis die Kriegsdienste leistenden Millionen nach Schluß des Krieges zur friedlichen Arbeit zurückkehren.

Diese Hinausschiebung halten wir aber für verkehrt. Und das, was die sogenannten Zentralarbeitsnachweise vorbereitend tun sollen, genügt durchaus nicht, wie wir schon einmal verlegten. Eine wirklich gute Arbeitsvermittlung darf sich nicht schematisch auf die Bekanntmachung der freien Arbeitsstellen an die Nachfragenden beschränken. Sie muß in engem Zusammenhang mit der gesamten Gestaltung des Arbeitsmarktes stehen. Besonders eine staatlich gestützte und unterstützte Arbeitsvermittlung hat darauf zu achten, daß die Arbeitslosigkeit nicht zur Ueberspannung der eingestellten Kräfte ausgenützt und damit die Arbeitslosigkeit gesteigert, insoweit die Zahl der freien Arbeitsstellen noch verringert wird.

Auch darf keineswegs geduldet werden, daß bei wegen Kriegsbeschädigung in ihrer Arbeitskraft beeinträchtigten Arbeiter geringere Löhne gezahlt werden, weil das zur Lohnrückbildung überhaupt führen müßte. Hierdurch würde die Produktion beeinträchtigt, während höhere Löhne verstärkte Kaufkraft der Arbeiter zur Folge haben und nur der Massenverbrauch das geeignetste Mittel zur Hebung der Gesamtwirtschaft des Volkes ist. Deshalb müssen sich Behörden und Parlamente mit allen Mitteln gegen eine solche schwache Behandlung der Kriegsbeschädigten durch kapitalistische Praktiken lehnen. Im preussischen Landtag wurde bereits durch den Abgeordneten Genosse H u s erklärt, daß Kriegsbeschädigten die Militärrenten auf die Löhne angerechnet werden sollen.

Ein Großindustrieller, der nationalliberale Abgeordnete R ö h l i n g, betonte demgegenüber, daß die gesamte westliche Industrie ein derartiges Verfahren verdamme und daß den Kriegsbeschädigten nach Maßgabe ihrer Leistungen ihr Lohn unverkürzt zuteil werden solle. Das ist wohl gut und schön, aber die Arbeiter werden die trotzdem vorkommenden Fälle der profitstüchtigen Ausnutzung der Kriegsbeschädigten selbst bekämpfen müssen. Das Anrufen der zuständigen Behörden ist dazu ein Mittel, dessen sie sich bedienen werden. Dann muß sich zeigen, wie der auf diese Weise betriebenen Arbeitsverschlechterung, die nicht ohne Einfluß auf die Arbeitsvermittlung ist, das Handwerk gelegt werden kann.

In Bayern hat das Ministerium des Innern im Vernehmen mit der Verband bayerischer Arbeitsnachweise geprüft, ob die bayerischen Arbeitsämter so verteilt und eingerichtet sind, daß sie der künftigen Arbeitsvermittlung gerecht zu werden vermögen. Es ist dabei zu dem Ergebnis gelangt, daß zwar im allgemeinen die Zahl und Verteilung der Arbeitsämter dem Bedürfnis entspricht, daß sie aber zu dem vorgesehnen Zwecke „des äußeren Ausbaues und der inneren Ausgestaltung bedürfen“. An die Behörden sind darum schon im Januar dieses Jahres Beschlüsse ergangen, von denen wir folgende hervorheben wollen:

1. Die Aufstellung von hauptamtlichen Leitern für die größeren und von eigenen nebenamtlichen Arbeitsvermittlern aus den in Betracht kommenden Berufsweigen bei den kleineren Arbeitsämtern für die weibliche Arbeitsvermittlung die Aufstellung von Frauen.
2. Die vermehrte Bildung von Fachabteilungen für die wichtigsten Berufsweige und jedenfalls die Bildung von besonderen Männer- und Frauenabteilungen bei den größeren Arbeitsämtern.
3. Die grundsätzliche Einrichtung eines paritätischen Verwaltungsausschusses bei allen Arbeitsämtern. Dem Ausschuss sollen unter dem Vorsitz des gemeindlichen Vertreters Arbeitgeber und Arbeitnehmer in gleicher Zahl angehören, die auf Vorschlag der beteiligten Berufsorganisationen den beteiligten Berufsweigen (Industrie, Gewerbe, Handel und Landwirtschaft) entnommen werden soll. Dem Ausschuss ist nicht die eigentliche Arbeitsvermittlung, sondern die Aufgabe zugebracht, die Gemeindeverwaltung bei der Ausgestaltung des Arbeitsamtes und

der Aufstellung der Leiter und Arbeitsvermittler zu beraten, die allgemeinen Grundsätze festzulegen, nach denen die Arbeitsvermittlung zu erfolgen hat, und gegebenenfalls Beschlüsse gegen das Arbeitsamt und seine Leiter und Arbeitsvermittler vorzubereiten.

Je eher schon während der Kriegszeit die Arbeitsvermittlungstellen funktionieren, um so sicherer werden sie arbeiten können, wenn am Schluß des Krieges die Arbeitskräfte zurückfluten, die der Gesamtwirtschaft jetzt durch den Kriegsdienst entzogen sind. Die größten Schwierigkeiten werden freilich entstehen, wenn die Tätigkeit der Kriegsindustrien erlischt oder auf ein Minimum gegenüber der jetzt hochgeschraubten zusammenschrumpft. Denn dann wird alles sich erst langsam auf den Bedarf für die kommende Friedenszeit einrichten. Nicht nur der Bedarf im Inland, auch die Beziehungen zum Ausland kommen dabei in Betracht. Und gerade in letzterer Beziehung wird es leider wahrscheinlich sehr hapern, denn haben und drücken bei den Zentralmächten, sowie bei den andern kriegsführenden Mächten scheint man einen Wirtschaftskrieg vorzubereiten, der die Feindseligkeiten nach dem Friedensschluß noch auf wirtschaftlichem Gebiet fortsetzen soll. Nichts Schlimmeres könnte den Völkern nach Friedensschluß passieren, als ein solcher Wirtschaftskrieg, unter dem wieder in erster Linie die Arbeiter am meisten zu leiden hätten.

Um so mehr müssen sie darauf dringen, daß alle Maßnahmen jetzt schon ernstlich getroffen werden, die geeignet sind, die traurigen Folgen der ungeheuren wirtschaftlichen Verwirrung abzuschwächen. Denn ohne Beeinträchtigung ihrer Lage geht es für die Arbeiter selbst bei der günstigsten Wendung der Dinge nicht ab.

Auch in den Gemeinden müssen die Arbeiter ihren Einfluß geltend machen, damit die Gemeindeverwaltungen sozialen Aufgaben mehr Interesse zuwenden. Selbst große und reiche Gemeinden stehen darin zurück. Wir wollen hier gar nicht davon reden, wie wenig Verständnis oft den gewerkschaftlichen Bestrebungen in Fragen der Arbeitslosigkeit und der Arbeitsvermittlung entgegengebracht wird. So klagte z. B. neulich der bekannte Nationalökonom Prof. S t r e i b e in Leipzig in dem dortigen Verein für Arbeitsnachweis über zu wenig Entgegenkommen gegenüber dem Plane einer Verstaatlichung des Arbeitsnachweises. Andere Städte seien vorangegangen, nur der Rat der Stadt Leipzig habe sich ablehnend verhalten. Und er fügte richtig hinzu, für seine Ausgabe würde der Rat der Stadt mehr Sympathie ernten, als für die Sorge um die Arbeitslosen. Obgleich wir der Meinung sind, daß die Arbeitslosenunterstützung reichsweit geregelt werden muß, bleibt doch in den Gemeindeverwaltungen immer noch viel zu tun übrig, in der Ergänzung der Unterstützung und der Arbeitsvermittlung.

Arbeitsämter sollten überall mit wirtschaftlich gut ausgebildeten Kräften besetzt sein, die einen volkswirtschaftlichen Ueberblick besitzen, aber auch den gewerkschaftlichen Bestrebungen der Arbeiter Verständnis entgegenbringen.

Mit den alten bürokratisch eingefressenen Praktiken kommt man da nicht aus, und einseitige Meinungen für die kapitalistischen Interessen können höchstens alle Einrichtungen korrumpieren, statt sie als Helfer in der Not erscheinen zu lassen. Ob der Krieg, d. h. die Kriegszeit mit dem alten Schandbrian aufzuräumen wird, ob höhere wirtschaftliche Gesichtspunkte künftig die Handlungen zur Beseitigung der schlimmsten Uebelstände lenken werden, das wird auch davon abhängen, wie die Arbeiter selbst ihre Angelegenheiten künftig in die Hände nehmen. Daß die gewerkschaftliche Energie aus den Wirren des Weltkrieges gestärkt und geläutert hervorgehen wird, darüber besteht für uns kein Zweifel.

bleibt nur noch übrig, ob ihrer praktischen Tätigkeit künftig die schweren Hindernisse in den Weg gelegt werden, wie vor dem Kriege. Die alte Methode hat unzweifelhaft abgemwirtschaftet. Ob man mit einer neueren weiter kommen würde, bezweifeln wir. Soll aber wirklich Ernst gemacht werden mit sozialpolitischen Verbesserungen, dann muß überhaupt von einer Beschränkung der Gewerkschaften abgesehen werden. Nur mit ihrer Hilfe sind zweckentsprechende Fortschritte zu machen; sind sie doch die Bahnbrecher für Arbeitslosenunterstützung und Arbeitsvermittlung.

Rundgebung zur Tabaksteuerhöhung!

Für den Bündener Tabakbezirk:
Sonntag, den 19. März, nachmittags 4 Uhr,
im Saale des Herrn Niemeyer in Bünde, Hangbaumstraße.
Redner: Unser Vorsitzende Karl Deichmann und der Vorsitzende des christlichen Verbandes, Gerhard Cammann.

Für den Bezirk Rehme:
Sonntag, den 26. März, nachmittags 4 Uhr,
im Saale des Herrn Röbke in Rehme
Redner: G. Niendorf, Bremen.

Soziale Arbeiterpolitik und Gewerkschaften.

(Fortsetzung.)
III.
Die Gewerkschaften und die soziale Arbeiterpolitik.
Die Gewerkschaften haben sich völlig auf die eigene Kraft angewiesen und stehen sich in ihrer Gegenwartarbeit nicht beirren. Sie mußten von unten auf mit dem Ausbau ihrer Organisation beginnen, die Arbeiterschaft

an die Zahlung höherer Beiträge gewöhnen, um die Organisation widerstandsfähiger zu machen, die Anziehungskraft der Organisation durch Einführung von Unterstützungsweigen als Werbe- und Bindemittel verstärken, die Schlagfertigkeit in Lohnkämpfen durch Zentralisierung und Reglementierung der Kampfführung erhöhen, die Fachpresse als Erziehungsmittel verbessern und die Verwaltungsbeirathungen zu einem festen Organisationskern gestalten. Sie haben die Jahre der Wirtschaftskrisis bis 1896, wie auch die folgenden Kampffahre der Hochkonjunktur benutzt, um den Beweis zu führen, daß wirtschaftliche Gewerkschaften möglich sind und daß ein Kampf um die Verbesserung der Lage der Arbeiter mit Erfolg geführt werden kann. Sie mußten freilich alle Kräfte auf den wirtschaftlichen Kampf beschränken, denn vor ihnen lag eine riesenaufgabe und ihre Kräfte und Mittel waren gering. Sie konnten sich daher wenig mit der Sozialpolitik befassen, obwohl es ihnen tagtäglich sichtbar wurde, wie notwendig es sei, die gewerkschaftlichen Erwerbskämpfe für die Not des Niederganges gegen Abbröckelung gefällig zu befechtigen, die seitherigen gesellschaftlichen Grundlagen durch eine scharfe Gewerbeaufsicht zu sichern, die Verwaltung der staatlichen Arbeiterversicherung und die gewerkschaftliche Rechtsprechung durch Arbeitervertretung in sozialem Geiste zu entwickeln und neue sozialpolitische Gesetze durch Erhebungen, Kongresse, Anträge und Entwürfe vorzubereiten. Die Generalkommission hatte den Gewerkschaftsvorständen schon 1894 eine solche sozialpolitische Vertretung nahegelegt, aber die Rücksicht auf vereinigungsschwierigkeiten sowie parteipolitische Spannungen hielten die meisten davon ab, diesen Weg zu beschreiten. Die parteigenössische Kritik, die die gewerkschaftliche Beteiligung an den Arbeitsnachweisdebatten der vom freien Hochsitz in Frankfurt a. M. 1893 einberufenen Konferenz erfahren hatte, wirkte abschreckend.

Aber in den Gewerkschaftskreisen war man sich auch bewußt, daß die Gewerkschaftsarbeit der Sozialpolitik vorausgehen muß, daß sie erst die Grundlagen für das Wirken des Gesetzgebers schafft. Gewerkschaftliche Tätigkeit ist es, die die wirtschaftliche Lage des Arbeiters erfasst, die ungesunden Arbeitsverhältnisse, unter denen er leidet, den Umfang, die Gemeenschädlichkeit solcher Missethände nachweist und die Durchführbarkeit der erstrebten Reformen begründet. Gewerkschaftliche Tätigkeit ist es, die die Arbeiterschaft selbst als die überlegenste Interessent ihrer Wünsche und Forderungen aufruft und organisiert, besonders wenn es sich um berufliche Missethände und Forderungen handelt. Und Gewerkschaftsarbeit ist es, welche das Unternehmertum zur Beachtung der gesellschaftlichen Vorschriften erzwingt.

Aber das Wirken der Gewerkschaften geht weit über diese sozialpolitischen Hilfestellungen hinaus. Im gesamten Gewerkschaftskampf steht ein großes Maß praktischer Sozialpolitik. Der gewerkschaftliche Kampf für Arbeitszeitverkürzung ist praktische Sozialpolitik, denn er schafft erst die Grundlage für den gesetzlichen Normalarbeitslag und räumt dem Gesetzgeber die größten Schwierigkeiten in der wirtschaftlichen Praxis hinweg. Das gilt besonders für den Normalarbeitslag der erwachsenen Arbeiter, an den die Gesetzgebung nur in engeren Grenzen Ausnahmen herangetreten ist. Der gewerkschaftliche Kampf für die Erhöhung, Regelung und Sicherung der Arbeitslöhne ist praktische Sozialpolitik, denn er verhindert ein Versinken der Arbeiterklasse in Pauperismus und macht die Arbeiter zu einem wirtschaftlich und kulturell bedeutungsvollen Faktor im Staatswesen. Ohne die Lohnpolitik der Gewerkschaften stände die deutsche Arbeiterschaft auf dem Niveau der Primarbeiter, denen die Gesetzgebung durch staatliche Lohnfestsetzungen helfen muß. Der gewerkschaftliche Kampf für gesunde Arbeits- und Betriebsverhältnisse ist praktische Sozialpolitik, denn er erleichtert nicht bloß der Gewerbeinspektion die Durchführung der gesetzlichen Vorschriften, sondern stellt die Kraft der Selbsthilfe auch da in den Dienst der öffentlichen Hygiene, wo die Kraft der Gesetzgebung bisher versagt hat. Der Aufbau starker gewerkschaftlicher Organisationen ist praktische Sozialpolitik, denn in ihnen werden die Kräfte gesammelt, die der Ausbeutung der Arbeiterklasse durch das Unternehmertum und mittelbar entgegenwirken und dem Staate, der ernsthaft Sozialreform treiben will, die Bekämpfung ungesunder Ausbeutung erleichtern, dem Staate aber, der seinen Lebenszweck im Schutz der Unternehmerinteressen sieht, eine wirkliche Sozialreform abringen. Das gewerkschaftliche Unternehmertum ist praktische Sozialpolitik, denn es ergänzt nicht allein die staatliche Arbeiterversicherung, sondern weist ihr auch neue Wege und hat besonders in der Organisation der Arbeitslosenunterstützung das Vorbild und zugleich die Grundlage für eine staatliche Arbeitslosenversicherung geschaffen. Der gewerkschaftliche Kampf für Arbeitervertretung in der Arbeiterversicherung und Rechtsprechung ist praktische Sozialpolitik, denn er strebt und erzielt eine soziale Verwaltung und Sachpraxis auf diesen Gebieten sozialer Praxis, die besser als bürgerliche Gesetze und Vorschriften den sozialpolitischen Inhalt zum Gemeingut des ganzen Volkes machen.

Das ganze Wirken der Gewerkschaften ist auf die praktische Sozialpolitik eingestellt. Die Trennung zwischen wirtschaftlichen und politischen Aufgaben war durch die früheren Vereinsgesetze bedingt und eine durch äußere Umstände erzwungene. Die eigentliche Aufgabe der Gewerkschaften lag von Anfang an in der praktischen Gegenwartsarbeit, die eine Trennung zwischen wirtschaftlicher und sozialpolitischer Betätigung nicht ohne Nachteil erträgt. Die Arbeitsteilung zwischen Partei und Gewerkschaften wurde dadurch eine andere, als es in der Vergangenheit der Organisationsfragen wurde. Die sozialdemokratische Partei ist eine Partei, die eine tiefe und weite Umgestaltung der Produktion, staatlichen und gesellschaftlichen Zusammenhänge erstrebt, ein Ziel das über den Boden, auf dem die Gewerkschaften kämpfen, weit hinausreicht. Deshalb besteht aber kein Gegensatz zwischen beiden, denn die Gewerkschaftsarbeit ist kein Kampf gegen die Ziele der Sozialdemokratie; ihr Wirken liegt am Wege, nicht im Wege der letzteren. Die Partei kann natürlich auch Sozialpolitik treiben, wenn sie aber den Gewerkschaften damit nutzen will, muß sie Sozialpolitik als praktische

Gegenwartspolitik treiben, denn die Gewerkschaften brauchen sie als solche. Die Partei glaubt indes um ihrer weitergehenden Ziele willen die Gegenwartspolitik nicht im Sinne der Gewerkschaftspraxis betreiben zu können, und so waren die Gewerkschaften genötigt, diese praktische Politik selbst in die Hand zu nehmen. Das geschah noch den sozialpolitischen Debatten des Gothaer Parteitag, als die Nachwehen des Hamburger Fabrikarbeiterkampfes immer deutlicher einen Ansturm der Reaktion auf das Koalitionsrecht hervortreten ließen. Die Kämpferredn von Bielefeld (1897) und Dehnhausen (1898), das parlamentarische Rundschreiben über die Notwendigkeit einer Verschärfung des § 153 der Gewerbeordnung kündigten die Gefahr der Koalitionsentziehung an und forderten den Widerstand der Gewerkschaftsbewegung heraus. Die Abwehrbewegung wurde von der Generalkommission einheitlich geleitet, die sozialpolitische Materialsammlung lag völlig in ihrer Hand und die Wirkung dieser unmittelbaren Gegenaktion war so erfolgreich und durchschlagend, daß damit zugleich der Befähigungsnachweis der Gewerkschaften zur praktischen Sozialpolitik, wenn es noch eines solchen bedürft hätte, glänzend erbracht war.

Verbandsstell.

Bekanntmachungen.

Die Zentralkommission der Tabakarbeiter Deutschlands, die seinerzeit zur Bekämpfung von Tabaksteuerplänen eingesetzt wurde und die, wie der Tabakarbeiterchaft bekannt ist, mehrfach die Bewegungen gegen Tabaksteuerpläne energisch geleitet hat, hat sich nunmehr aufgelöst. Der Grund für die Auflösung liegt in der Aenderung des Vereinsgesetzes, so daß jetzt die Organisationen in der Lage sind, sich mit der Steuerfrage zu befassen.

Alle Zuschriften in bezug auf die geplante Tabaksteuer und die damit zusammenhängenden Fragen und Maßnahmen sind jetzt an den Vorstand des Verbandes zu richten.
Bremen, im März 1916.

Der Vorstand.

Als verloren gemeldet: **Wenzinger**, das Mitgliedbuch S. II 22 148, lautend auf August Schrupp aus ?, eingetreten am 1. 1. 1913. Die Beiträge sind bis zum 23. 8. 1914 entrichtet (S. 121.1 7. 16.) Im Vorzeigungsstaße ist das Buch einzuziehen und an uns einzuliefern.

Folgende Gelber sind bei mir eingegangen (B. = Verbandsbeiträge):
Am 3. März: Schwedt B. 100.—, 4. Pilsnig B. 100.—, Gartha B. 450.—, Rönneburg B. 100.—, Berlin B. 600.—, Bremen B. 200.—, 5. Freiberg B. 300.—, Neugersdorf B. 40.—, Schönbach B. 50.—, Groß-Siechthain B. 125.50, Osterode a. H. B. 50.—, Lützenau B. 150.—, 6. Grimma B. 40.—, Lippstadt B. 30.—, Achim B. 150.—, Hirschberg B. 50.—, Bunzlau B. 80.—, 7. Tverlitz a. D. B. 150.—, Nordhausen B. 1000.—, 8. Sprendberg B. 50.—, Berlin B. 300.—, 9. Naunhof B. 100.—, Saugen B. 100.—, Chemnitz B. 150.—, 10. Burgdamme B. 200.—, 11. Hamburg B. 2000.—
Die Bevollmächtigten werden ersucht, alle überflüssigen Gelber einzuliefern.
Bremen, den 13. März 1916. B. Nieder-Belland.

Arbeitsmarkt.

Offene Stellen.

Zwei Zigarrenarbeiter, die selbst Zigarren machen können, in der Nähe von Potsdam, Nachfragen: Gewarbeitsnachweis Berlin, Witt, Boerner, Berlin S. 64, Dragonerstr. 6 a. II.
Ein Koller und ein Zigarrenarbeiter, der sich selbst Zigarren macht, oder für letzteren ein Koller mit Zigarrenmacher, für eine Zigarrenfirma bei Dresden, Nachfragen: Gewarbeitsnachweis, Joseph Doneyer, Dresden A., Schützenplatz 20. III.
Ein tüchtiger Sortierer nach Blichsoewerba, Nachfragen: Reichsarbeitsnachweis für Sortierer, Max Bernhart, Dresden-Pfiffen, Braunschweigerstr. 8. III.
Drei Zigarrenarbeiter auf Form, Lohn 10—15 M bei freier Zurechtung und 10prozentiger Lurnungszulage, für einen kleinen Ort bei Kiel, Kost und Wohnung 10 M, Nachfragen: Gewarbeitsnachweis, Gottlieb Mertag, Altona, Delferstraße 1.
Der Verbandsvorstand.

Zentral-Krankens- und Sterbekasse der Tabakarbeiter Deutschlands.

Bureau: Hamburg 21, Pogatzstr. 5, Aufschichtstr. D, Eibom, Brandenburg a. H., Sägerstr. 22.
Bilanz für das 1. Quartal 1915: Kassensbestand am 30. September 187 726.73 M, Einnahme 28 121.98 M, Summa 199 848.71 Mark. Ausgabe 16 008.65 M, Kassensbestand am 31. Dezember 174 840.06 M.
Hamburg, den 12. März 1916. S. Ditts.

Gestorben:

Gestorben am 13. Februar der Kantabasspinner **Wilhelm Bennewitz** aus Groß-Werthe, 80 Jahre alt (Bahnhofs-Nordhausen).
Seinen Verletzungen erlag am 27. Februar im Feldlazarett der Zigarrenarbeiter **Ernst Beck** aus Boffen (Bahnhofs-Boffen).
Seinen Verletzungen erlag am 3. März im Lazarett zu Halberstadt der Zigarrenarbeiter **Kurt Simon** aus Lützenau, 33 Jahre alt (Bahnhofs-Hirschberg).
Am 17. Februar starb zu Nordhausen die **Witwe** **Henriette Zimmermann**, aus Nordhausen, 53 Jahre alt.
Am 6. März starb zu Bielefeld der Zigarrenarbeiter **Georg Kopsch** aus Bielefeld, 63 Jahre alt.
Am 8. März starb zu Köln die Zigarrenarbeiterin **Fräulein Ella Weich** aus Köln, 23 Jahre alt.
Am 11. März starb zu Altona der Zigarrenarbeiter **Ernst Koffe** aus Altona bei Weh, 39 Jahre alt.
Obere ihrem Andenken!



Eckstein
Zigaretten

Einzig in Qualität

Trustfrei

A-MEERSTEIN & SÖHNE, DRESDEN

Soeben neu erschienen
Modellbogen
209
für gebrauchte
Wickelformen

Größtes Wickelformenlager Deutschlands

JEDES FACON NEU UND GEBRAUCHT STETS AM LAGER

L. COHN & CO.
BERLIN N., BRUNNENSTRASSE NO 24.

Verlangen Sie sofort kostenlos

Unsere Haupt-Preislisen Modellbogen, Zigarrenband, Zigarrenring, Papier-Tragmittel, Muster etc.

Soeben neu erschienen
Modellbogen
209
für gebrauchte
Wickelformen

Kein
Tabakarbeiter
darf mehr
unorganisiert sein!

„Bewährte Bezugsquelle aller zur Zigarrenfabrikation geeigneten Rohtabake zu günstigsten Marktpreisen. Jederzeit werden Rippen gegen sofortige Kasse zum Tagespreise abgenommen.“
Leon Well, Speyer.

Rohtabakhandlung
kauft bei Aufgabe der Fabrikation ex. Tabake und Utensilien gegen sofortige Kasse. Off. mit Preisangabe unter Chiffre N. 100. Exp. d. Rf.

Briefkasten.
Nr. 60 A.

Achtung! Rohtabak!
Hengfloss & Maak
Altona - Ottensen
Filiale: Berlin N., Brunnenstrasse 25.

Drucksachen
aller Art, in moderner Ausführung für Private u. Verelle liefert billigst
J.H.Schmalefeld & Co.
Bremen Geeren 6/8

Gelesene Tabak-Arbeiter bilden ein vorzügliches Agitationsmittel, deshalb gebe man sie stets an unorganisierte Kollegen weiter.

Carl Roland
Berlin SO 26
Kottbuserstrasse 4.
Von meinen umfangreichen **Java-Ankufen** treffen die ersten Anfuhrer ein. Preisofferte in nächster Nummer.

Unserem Kollegen **Wilhelm Wehling** zu seinem am 21. März stattfindenden 70. Geburtstag die herzlichsten Glückwünsche.
Die Kollegen d. Bahnhofs Nordhausen.

In der letzten Amsterdamer Einschreibung vom 18. Februar d. J. kaufte ich sämtliche Partien Domingo-Tabak zusammen

1398 Seronen Domingo, verschiedene Marken

1370 Ballen Java, Seedleaf und Domingo

betragen meine direkten Partienkäufe am 4. Februar

1099 Ballen Java und Venezuela

betragen meine direkten Partienkäufe am 14. Januar

3867 Ballen kaufte ich somit in geschlossenen Partien

In den Einschreibungen dieses Jahres

Mit Angeboten stehe ich gern zu Diensten

Heinrich Franck, Berlin N 54

Rohtabakhandlung

Brunnenstrasse 24

Utensilien für Zigarrenfabriken